

ANTRÄGE

1) Plakat-Werbeverbot für Prostitution, Bordelle und bordellähnliche Betriebe

GRin. **Potzinger** stellt namens der ÖVP, Grünen, SPÖ und KPÖ folgenden Antrag:

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung und des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ein gemeinsamer Antrag von ÖVP, SPÖ, Grünen und KPÖ und betrifft die Plakatwerbung für Prostitution, Bordelle und bordellähnliche Betriebe. Ich bedanke mich ausdrücklich bei Frau Kollegin Dipl.-Ing. Mag.^a Daniela Grabe, die maßgeblich mitgewirkt hat bei der Ausarbeitung dieses Antrages und stellvertretend für die KollegInnen der Grünen und der KPÖ bei der Kollegin Taberhofer von der KPÖ und bei der Frau Stadträtin Edlinger für den Frauenbereich, dass hier gemeinsam diese Position so dargelegt werden kann. Prostitution hat es in nahezu jeder Gesellschaft immer gegeben und wird es wohl immer geben, die Werbung in der Öffentlichkeit ist aber mehr als problematisch. Vor Weihnachten, Sie erinnern sich alle an diese Plakate, erregte diese Plakatserie mit Prostituierten mit Engelsflügeln, zur Erinnerung, bei der Bevölkerung großen Unmut. Für die Werbung von Prostitution, Bordellen und bordellähnlichen Betrieben über Kleinanzeigen oder andere Printmedien werden Mittel und Wege gefunden, die vom Gesetzgeber wohl nicht realistischerweise regulierbar sind.

Bordelle und bordellähnliche Betriebe jedoch auch noch öffentlich über Großplakate zu bewerben und damit Frauen als Ware darzustellen, beurteilen wir als menschenverachtend.

Neben den frauenverachtenden Aspekten sind die dabei verwendeten Werbesujets auch – wie in letzter Zeit ersichtlich – größtenteils in einem Bereich angesiedelt, in denen der Grenzbereich der Zumutbarkeit speziell auch für jüngere BetrachterInnen, also Kinder, überschritten ist. Oft auch platziert an Straßenbahnhaltestellen in der Nähe von Bushaltestellen, wo man sie nicht übersehen kann.

Ein weiterer Aspekt sind die Bestrebungen innerhalb des Nationalen Aktionsplans gegen Menschenhandel, den zu entwickeln und durchzuführen sich Österreich innerhalb der EU verpflichtet hat und der unter anderem die Sensibilisierung der Bevölkerung bezüglich der Inanspruchnahme von Diensten potenziell von Frauenhandel Betroffener zum Ziel hat. Großflächige Werbemaßnahmen zur Ankurbelung dieses sogenannten Geschäftszweiges der Prostitution sind in diesem Sinne als kontraproduktiv anzusehen.

Die bisherigen Versuche seitens der Stadt Graz beziehungsweise der Frauensprecherinnen der im Gemeinderat vertretenen Parteiklubs, auf städtischer Ebene über das stadteigene Werbeunternehmen Ankünder eine entsprechende Änderung in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu erreichen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), waren zwar einerseits positiv, da die Geschäftsleitung des Ankünder sich bei dieser Problematik sehr sensibel und grundsätzlich aufgeschlossen zeigte.

Andererseits aber stellte sich angesichts der Mitbewerber-Situation in Graz sehr schnell heraus, dass eine auf ein Werbeunternehmen allein beschränkte Maßnahme das Ziel, die Werbeflächen in der Stadt von solchen Sujets freizuhalten, niemals erreicht, da jenes Unternehmen dann von den bewerbenden Firmen durch Buchung anderer Werbeflächen lediglich umgangen würde.

Aus diesem Grunde ist es notwendig, zum Zweck der Einschränkung der Werbesujets eine übergreifende, für die gesamte Stadt geltende Regelung zu erwirken. Da die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Anbahnung und damit auch für die Bewerbung von Bordellen und bordellähnlichen Einrichtungen über ein Landesgesetz geregelt sind, ist auf dieser Ebene anzusetzen, es geht um das Steiermärkische Prostitutionsgesetz, und dieses entsprechende Landesgesetz ist in dem Sinne zu ändern, dass die Bewerbung von Bordellen und bordellähnlichen Einrichtungen auf Plakatflächen im öffentlichen Raum nicht mehr zulässig ist. Ich erinnere daran, dass auf Bundesebene zum Beispiel die Werbung für Rauchwaren auf Plakaten schon seit etlichen Jahren verboten ist.

Daher stellen wir im Namen des Gemeinderatsclubs der ÖVP, der SPÖ, der KPÖ und der Grünen folgenden

A n t r a g :

Der Steiermärkische Landtag möge auf dem Petitionswege dringend aufgefordert werden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), das Gesetz vom 25. November 1997, betreffend die Prostitution im Bundesland Steiermark, Steiermärkisches Prostitutionsgesetz, in den §§ 3(3) und 3(4) und der entsprechenden Verordnung im § 13(1) und 13(2) dahingehend zu ändern, dass auch für bewilligte Bordelle oder bordellähnliche Einrichtungen ein generelles Werbeverbot auf Plakat-Werbeflächen ausgesprochen wird (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 15.30 Uhr den Vorsitz.

2) Busparkplätze vor der Schloßbergbahn

GRin. Mag.^a **Ennemoser** stellt folgenden Antrag:

Mag.^a **Ennemoser**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zentrumsnahe Busparkplätze sind ein echter Wettbewerbsvorteil. Sowohl für den Nächtigungs- als auch für den Tagestourismus, der in seiner Bedeutung für Handel und Gastronomie und Museen nicht unterschätzt werden darf.

Besonders schmerzlich ist daher der Verlust der beiden Busparkplätze im Bereich der Talstation der Schloßbergbahn. Dieser konnte bislang auch in keiner Weise kompensiert werden. Geblieben ist ein knapp bemessener Platz zum Einbeziehungsweise Ausstieg, wo ein bis maximal zwei Busse Platz finden. Jetzt haben wir ein schönes Schloßberg-Restaurant, ein zusätzliches Restaurant mit großen Kapazitäten, aber nun haben wir Probleme damit, die Busse unterzubringen. Denn für die zwei bis drei Stunden werden dezentrale Abstellplätze, zum Beispiel der GVB in der Kärntnerstraße, nicht angenommen.

Im Advent hat sich die GTG damit beholfen, zusätzliche Parkplätze auf der Bus-Spur am Opernring anzumieten. Dies ist ein Angebot, das sehr gut angenommen wurde. Durch das grundsätzlich geringere Verkehrsaufkommen am Wochenende war dies auch verkehrstechnisch kein Problem.

Da aus verkehrstechnischen Gründen nun kein Platz vor dem Schloßberg ist, wäre es notwendig eventuell in den angrenzenden Straßen wie Körösistraße oder auf der rechten Muruferseite einen Ersatz zu finden.

Daher stelle ich im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

die zuständige Vizebürgermeisterin möge die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen zu prüfen, wo ein adäquater Ersatz für die vom Schloßbergplatz weggefallenen Busparkplätze eingerichtet werden könnte.

***Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen
Behandlung zugewiesen.***

3) Entschärfung der Petersbergenstraße

GR. **Koroschetz** stellt folgenden Antrag:

GR. **Koroschetz**: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier um eine Entschärfung der Petersbergenstraße. Schon seit Jahren wird stadtauswärts im Bereich des Haus Petersbergenstraße 47a sowie auf der Kuppe vor und nach der Einfahrt zum Bauhof der Firma Kurzmann ein Halte- und Parkverbot gefordert.

Trotz Einführung der 30iger-Zone sowie ständiger Radarkontrollen in der Petersbergenstraße, die verstärkt als Umweg von Pendlern benutzt wird, kommt es für den öffentlichen Verkehr, Buslinie 68, sowie Individualverkehr immer wieder zu gefährlichen Situationen in diesem Bereich.

Durch das rechtswidrige Verparken der Straße vor und nach der Kuppe ist die verbleibende Breite von ca. 4 Metern lt. StVO für eine zweispurig ausgerichtete Straße zu gering.

Die geforderte Durchforstung des Schilderwaldes in der Stadt Graz sollte nicht der Grund dafür sein, dass keine Verbotstafeln an neuralgischen Punkten errichtet werden.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, die zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, ein Halte- und Parkverbot stadtauswärts in dem oben angeführten Bereich, ca. 20m vor und nach der Kuppe, zu prüfen sowie eine dementsprechende Umsetzung zu veranlassen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Verkehrsschilderwald Hamerlinggasse

GR. **Koroschetz** stellt folgenden Antrag:

GR. **Koroschetz**: Der nächste Antrag wäre Verkehrsschilderwald in der Hamerlinggasse. An der Einfahrt zur Hamerlinggasse befindet sich einerseits eine Fahrverbotstafel mit einer Ausnahmeregelung für Anrainer, Taxi und Lieferanten bis 7,5 t, andererseits aber auch eine Kurzparkzonentafel.

Dies führt zur Verwirrung und Verunsicherung der Fahrzeuglenker, sodass immer wieder Autolenker mit ihren Pkw einfahren und parken und verärgert darüber hinaus die Anrainer, die vor Ort nur eine geringe Anzahl von Parkplätzen vorfinden und damit keine freie Parkfläche zur Verfügung haben, zudem dafür auch bezahlen müssen. Eine ähnliche Situation gibt es bei der Einfahrt Kaiserfeldgasse/Schmiedgasse, wo jedoch keine zusätzlichen Kurzparkzonentafeln angebracht sind.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, die zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, eine Überprüfung beziehungsweise geänderte Anordnung der aufgestellten Verkehrsschilder zu veranlassen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Vermarktung der Homepage der Stadt Graz

GR. Mag. **Molnar** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Molnar**: Vermarktung der Homepage der Stadt Graz. Im Monatsdurchschnitt besuchen mehr als 4,4 Millionen InternetuserInnen die Homepage der Stadt Graz.

Diese große Besucheranzahl von Internetbesuchern könnte mit Werbeinschaltungen auf der Homepage der Stadt Graz vermarktet werden, wie es bei herkömmlichen Online-Tageszeitungen durchaus üblich ist und dadurch neue Einnahmen für die Stadt Graz erschlossen werden.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, die Möglichkeiten der Online-Werbung auf der Homepage der Stadt Graz, wie im Motiveinbericht dargestellt, in die Wege zuleiten.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Kostenlose Selbstanlieferung von Grünschnitt

GR. Mag. **Spath** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Spath**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Mein erster Antrag beschäftigt sich mit der kostenlosen Selbstanlieferung von Grünschnitt. Das Frühjahr ist nicht mehr fern und somit beginnt auch wieder die Arbeit im Garten. Bäume schneiden, Blumen setzen, Sträucher pflegen stehen am Arbeitsplan und dabei fällt viel Grünschnitt an. Um ein Verbrennen dieses Grünschnitts zu vermeiden und die stark strapazierte Luft von Graz zu entlasten, wurde in den vergangenen Jahren den Grazerinnen und Grazern, neben einer

kostenpflichtigen Grünschnittabholaktion in einigen Bezirken, auch eine kostenlose Selbstanlieferung des Grünschnitts ermöglicht. Drei Sammelstellen, eine im Norden von Graz in der Wasserwerksgasse 5 bei der Firma Ehgartner in Andritz, eine im Osten bei der ehemaligen Deponie am Neufeldweg 219 und eine im Süden in der Sturzgasse 16 bei der AEVG wurden eingerichtet. Dieses Angebot wurde von der Bevölkerung sehr intensiv in Anspruch genommen.

Nicht nur im Frühjahr, auch im Herbst eines Jahres, fällt im Garten viel Laub und Grünschnitt an. Daher ist es sinnvoll, dieses Service den Grazer Bürgerinnen und Bürgern auch vier Wochen im Herbst zu ermöglichen.

Der Bevölkerung soll dieses Service jährlich vier Wochen im Frühjahr, zum Beispiel 15. März bis 15. April und vier Wochen im Herbst, zum Beispiel den ganzen Oktober angeboten werden.

Daher stelle ich namens der ÖVP - Gemeinderatsfraktion folgenden

A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat beschließt, jährlich vier Wochen im Frühjahr und vier Wochen im Herbst der Grazer Bevölkerung eine kostenlose Selbstanlieferung von Grünschnitt an den bekannten drei Sammelstellen, Sturzgasse 16, Neufeldweg 219 und Wasserwerksgasse 5, eventuell erweitert um eine Sammelstelle im Westen von Graz, zu ermöglichen, um ein Abheizen beziehungsweise wildes Deponieren von Grünschnitt zu vermeiden.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Lückenschluss Gehsteig Sternäckerweg

GR. Mag. **Spath** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Spath**: Im vergangenen Sommer wurde das Trainingszentrum des SK Sturm Graz am Sternäckerweg saniert und um einen weiteren Kunstrasen-Trainingsplatz vergrößert.

Gleichzeitig wurden am Sternäckerweg im Jahr 2008 weitere ca. 50 Wohneinheiten ihren Besitzern übergeben, somit wohnen im Bereich Sternäckerweg rund 1000 Menschen. Ein öffentlicher Verkehrsanschluss existiert mit der Linie 36 in der St.-Peter-Hauptstraße. Um zur Bushaltestelle Waldorfschule zu gelangen, benutzt die Bevölkerung den Gehweg entlang des Sternäckerweges in Richtung Osten, der allerdings nur unvollständig ausgebaut ist.

Ein Spatenstich für ein weiteres Bauprojekt am Sternäckerweg in unmittelbarer Nähe des Trainingszentrums wird noch im 1. Halbjahr 2009 erfolgen. Weitere Großgrundstücke sind bereits als Bauland gewidmet und lassen eine rege Bautätigkeit in absehbarer Zukunft in diesem Gebiet erwarten.

Anlässlich der Erweiterung des Trainingszentrums ist ein Weiterziehen des vorhandenen Gehsteiges in Richtung Westen und ein Schließen der Gehsteiglücke notwendig.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, das im Motivenbericht erwähnte Gehsteigprojekt am Sternäckerweg prioritär ins Grazer Gehsteigprogramm aufzunehmen und die Errichtung eines durchgehenden Gehsteigs von der St.-Peter-Hauptstraße bis zum Neufeldweg noch in diesem Jahr umzusetzen.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Petition an die Bundesregierung bezüglich des Verbots von Krachern der Klasse II, Kleinf Feuerwerk

GR. **Rajakovics** stellt namens der ÖVP und der Grünen folgenden Antrag:

GR. **Rajakovics**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Der Silvestertag und vor allem die Silvesternacht ist für viele von uns jährlich ein Grund, mit Familie und Freunden zu feiern. Vorwegschicken möchte ich, dass es ein gemeinsamer Antrag ist von ÖVP und Grünen, nicht nur meiner Fraktion.

Das ist eine gute Tradition und ich habe kein Problem damit, dass der tatsächliche Jahreswechsel um Mitternacht mit schön anzusehenden Feuerwerken gefeiert wird.

Dieses Fest wird aber für viele, gerade für Menschen mit kleineren Kindern beziehungsweise BesitzerInnen von Haustieren, dadurch getrübt, dass etliche Mitfeiernde trotz Verbots Kracher der Klasse II, sogenannte Piraten, Deutsche, Schweizer etc. verwenden, die ausschließlich der Lärmerzeugung dienen.

Kinder haben zum Teil große Angst vor dem Lärm und Tiere sind durch diesen oft tagelang verunsichert und scheu.

Laut Pyrotechnikgesetz ist zwar der Erwerb dieser Kracher gestattet, allerdings deren Verwendung im Ortsgebiet untersagt. Heuer gab es erstmals eine Aktion scharf der Polizei in der Innenstadt bezüglich der Einhaltung dieses Gesetzes.

Als ich allerdings am 31.12. um zirka 22.00 Uhr durch die Herrengasse gegangen bin, sind mir große Gruppen vor allem junger Männer entgegengekommen, die genau diese Kracher ausgiebigst verwendet haben.

Die Polizei ist auch in einer großen Gruppe allerdings am Färberplatz gestanden, dort war es tatsächlich ruhig. Vielleicht hätte man eine günstigere Verteilung wählen sollen.

Zu dem grundsätzlich sinnlosen Lärm kommt, dass mit Zunahme des Alkoholspiegels diese Kracher in immer größerer Stückzahl zugleich gezündet werden, um sie dann wahllos in die Menschenmenge zu schleudern, was bei den Getroffenen immer wieder Verletzungen und Gehörstürze hervorruft. Auch das beliebte Anfüllen von Flaschen mit Krachern, um diese zum Zersplittern zu bringen, hat schon mehrmals, meist bei jungen Menschen, zu schweren Augenverletzungen bis hin zur Erblindung geführt.

Sowohl Ärzte der Kinderklinik als auch Unternehmer, die Großfeuerwerke professionell veranstalten, haben mir bestätigt, dass die Verletzungsgefahr durch diese Kracher bei unsachgemäßer Verwendung erheblich ist und sie nicht nachvollziehen können, warum man diese Kracher, ohne Lichteffekte, überhaupt verkaufen darf.

Da auch ich mich frage, wieso etwas im Handel erhältlich ist, das tatsächlich gar nicht verwendet werden dürfte und eigentlich nur ein Ärgernis darstellt, stelle ich im Namen der Fraktionen von ÖVP und Grüne folgenden

A n t r a g :

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl möge sich im Namen der Stadt Graz mit einer Petition an die österreichische Bundesregierung wenden und diese auffordern, das Pyrotechnikgesetz zu novellieren. Das Ziel der Novellierung soll sein, den Verkauf von Krachern der Klasse II, sogenannten Piraten, Deutschen, Schweizerkrachern österreichweit generell zu verbieten (*Applaus ÖVP*). Wobei sich da jede Fraktion anschließen kann.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Pflege zu Hause im Ausmaß von täglich 4 bis 8 Stunden

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Antrag:

GR. **Rajakovics**: Antrag betrifft Pflege zu Hause im Ausmaß von vier bis acht Stunden.

Zwischenruf GR. Eichberger: Wieder ein Gemeinsamer?

GR. **Rajakovics**: Nein ist mein eigener, aber auch du kannst ihm per Applaus oder Akklamation oder Hurrarufen nähertreten. Heute am Vormittag hat Herr Klaus Katzianka eine viel beachtete Pressekonferenz zum Thema Pflege gegeben. Das ist jener selbst körperbehinderte Mann, der sich mit seinem Verein Europflege durch seine sehr realistische Sicht der Dinge einen Namen gemacht hat.

Er hat dabei ein Thema aufgegriffen, das angesprochen werden muss, aber leider nur allzu gern ignoriert wird. Rund 80% der Menschen, die zu Hause Hilfe brauchen, bekommen diese ausschließlich von Angehörigen. Der Rest wird über mobile Dienste betreut.

Das heißt, es gibt zu Hause die Möglichkeiten der stundenweisen Pflege oder der 24-Sunden Betreuung. Aus seiner Erfahrung fehlt jedoch die Pflege von 4 bis 8 Stunden pro Tag, die es gerade Familien ermöglicht, sowohl berufstätig zu sein als auch Angehörige zu Hause zu unterstützen.

Gleichzeitig hat er auf den ständig schwindenden Bereich der PflegerInnen aus Osteuropa aufmerksam gemacht, da sich die Situation erstens in den Herkunftsländern verbessert hat und diese vor allem auch zu Hause benötigt werden.

Wir werden uns also darauf einstellen müssen, dass wir Menschen bei uns von eigenen MitbürgerInnen betreuen lassen.

Beim überwiegenden Teil der zu Hause zu unterstützenden Menschen geht es eher um eine ständige Anwesenheitspflicht auf Grund hohen Alters beziehungsweise Demenz als um medizinische Unterstützung. Also es wird in der Praxis eigentlich eine Haushaltshilfe mit pflegerischen Grundkenntnissen benötigt, so etwas Ähnliches, Babysitter, Seniorensitter.

Dazu möchte er gemeinsam mit dem AMS eine Ausbildung von zirka 28 Tagen anbieten, die ganz auf die Bedürfnisse dieser Gruppe zugeschnitten wird.

Letztlich soll das zu einer leistbaren, den notwendigen Bedürfnissen angepassten, flächendeckende Pflege führen.

Ich stelle daher im Namen der Grazer Volkspartei folgenden

A n t r a g,

das zuständige Sozialamt zu beauftragen, den Bedarf an einer täglichen Unterstützung zu Hause im Ausmaß von 4 bis 8 Stunden zu erheben und weiters die Möglichkeit zu prüfen, solch ausgebildete GrazerInnen in einem Pilotversuch einzusetzen (*Applaus ÖVP*).

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen
Behandlung zugewiesen.*

10) Startwohnungen für junge Menschen

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! Mein Antrag betrifft Startwohnungen für junge Menschen. Der Wohnungsmarkt ist für junge Nachfrager zu einer schweren Hürde bei der Realisierung von Lebensplänen

geworden. Oft wird er zum wichtigen Faktor der partiellen sozialen und ökonomischen Ausgrenzung unterprivilegierter Jugendlicher und junger Erwachsener, da Wohn- und Arbeitssituation mit individueller Entfaltung und sozialer Anerkennung eng verknüpft sind.

Viele junge Menschen können sich heute kaum die Wohnungskautions beziehungsweise die Maklerprovision leisten.

Die 10.500 Gemeinde- beziehungsweise Übertragungswohnungen stehen jungen Menschen durch das Punktesystem, was ja eine gute Geschichte ist grundsätzlich, aber auf Jugendliche keine Rücksicht nicht, kaum bis gar nicht zur Verfügung.

Deshalb ist die Stadt Graz gefordert, hier neue Modelle zu entwickeln.

Unser Vorschlag: 5% bis 10 % der städtischen Gemeindewohnungen werden ausschließlich für junge Menschen bereitgestellt.

Jugendliche bis 27 Jahre können kleine Startwohnungen für die Dauer von drei Jahren beantragen. Der junge Mensch hat mit diesem Modell eine monatliche Belastung von maximal 300 Euro und zahlt 100 Euro auf ein „Rücklagenkonto“. Nach drei Jahren haben die Jugendlichen einen Betrag von 3.600 Euro angespart und könnten so am freien Wohnungsmarkt Fuß fassen und somit die Makler beziehungsweise die Kautions, die Maklergebühr und die Kautions bezahlen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Das Wohnungsamt soll das im Motivenbericht beschriebene Modell von Startwohnungen für junge Menschen prüfen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Partizipation eines Menschen mit einer Behinderung im Kulturbeirat

GR. Mag. **Kowald** stellt namens der ÖVP, KPÖ, FPÖ und BZÖ folgenden Antrag:

Mag. **Kowald**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Riedler! Das kulturelle Niveau in Graz ist sehr, sehr hoch, der kulturelle Level ist aber sehr, sehr jung. Graz hat sich kulturell in den letzten zehn Jahren sehr stark entwickelt. Graz war Europäische Kulturhauptstadt im Jahr 2003 und seither geht es steil aufwärts in vielen Bereichen. Nächtigungszahlen, internationale Besucherinnen und Besucher, viele Festivals etc. Sie kennen das kulturelle Niveau, das Sie auch sehr gut verwalten. Es ist aber auch so, dass im Jahr 2003 das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen war. Dieses Jahr wurde teilweise nicht so gut beworben, es waren zwar einige Veranstaltungen, die mitunter spärlich besucht waren, aber das versteht man, wir waren ja zu dieser Zeit Europäische Kulturhauptstadt, das war wichtiger, das muss man dazusagen. Es ist aber auch so, dass Graz den Beinamen trägt Stadt der Menschenrechte. Stadt der Menschenrechte ist eine nette Bezeichnung, die verlangt aber uns allen keinen sehr großen Fleiß ab. Menschenrechte sind eine Bundessache, die sind verfassungsrechtlich gewährleistet, Europäische Menschenrechtskonvention und, und, und, vieles mehr, wir kennen das. Es ist aber so, dass wir uns alle jeden Tag einen Grundsatz oder einen Vorsatz vornehmen müssten, allen Menschen in Graz mit Würde zu begegnen und allen Menschen mit Graz ein würdiges Dasein zu bieten, das wäre ein täglicher Vorsatz, den wir uns nehmen sollten. Menschenwürde ist immer ein Ziel, man wird nie sagen können, Menschenwürde ist bereits erreicht und das war es. Es ist aber auch so, dass im Behindertenwesen, das hat sich über viele Jahrzehnte sehr, sehr langsam entwickelt, es ging sehr schleppend voran, wir waren in manchen Bereichen beinahe europäisches Schlusslicht. Es ist aber jetzt so, dass sich die Behindertenrechte sehr

gut entwickelt haben. Landesbehindertengesetz, Behindertengleichstellungsgesetz und vieles mehr. Es ist aber auch so, beides ist sehr jung, Kultur und die Behindertenrechte. Im Behindertenwesen kursieren in Österreich mitunter sehr stark Anglizismen, man spricht von Inklusion, der Begriff stammt aus der Pädagogik, teilweise aus der Sozialwissenschaft, mitunter wird er auch schon in der Philosophie verwendet, in der Psychologie, und Inklusion heißt einfach, dass Menschen mit Behinderungen ein selbstverständlicher Bestandteil unserer Gesellschaft sein sollen. Das ist gut, legislativ gut, legislativ wird der Begriff in Österreich noch nicht verwendet, das wird aber zukünftig sicher der Fall sein. Es ist aber so, dass man das leben muss diesen Standard, man muss leben, dass Menschen mit Behinderungen einfach selbstverständlich sind, überall teilhaben können müssen und dabei sein müssen. Es ist aber noch immer so, dass man Menschen mit Behinderungen eher integriert als selbstverständlich erachtet, vor 20 Jahren hat man auch noch Integration in dem Bereich verwendet, jetzt nicht mehr so stark wie früher. Heute wird Integration als etwas anderes verstanden, als das früher der Fall war. Die Anglizismen sind auch gut, schön teilweise, aber nicht immer sehr korrekt, politische Korrektheit und sprachliche Korrektheit, das ist etwas anderes. Man spricht ja sehr oft von Menschen mit speziellen Bedürfnissen und Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Wir Menschen mit Behinderungen haben keine speziellen Bedürfnisse oder keine besonderen Bedürfnisse. Es ist eher so, dass wir gleich wie andere durch die Stadt gehen möchten, dass wir an allen kulturellen Ereignissen teilhaben möchten, wie andere auch, wir haben keine speziellen Bedürfnisse, wir brauchen nur mitunter kleine Weichenstellungen, taktile Leitsysteme zum Beispiel für blinde Menschen etc.

Im kulturellen Bereich gibt es noch sehr, sehr viel zu tun. Ich erwarte mir, dass ein Mensch mit einer Behinderung, ein betroffener Mensch selbst einmal die Kultureinrichtungen der Stadt Graz analysiert und einen Bericht erstellt, von mir aus in einem Zeitablauf von einem Jahr, wo es noch Mankos gibt, und daraus werden sich dann verschiedene Aufträge ergeben, die Sie dann erfüllen können. Daher fordere ich, wir brauchen „Brot und Spiele“ für alle Menschen in Graz, unter „Brot“ verstehe ich Behindertenrechte, die sind schon ganz gut entwickelt, der freie Zugang zu „Spielen“ heißt, dass alle Menschen mit Behinderungen auch teilhaben können/müssen am kulturellen Angebot, das wir hier in der Stadt bieten.

Ich stelle daher namens unserer Fraktion, namens der KPÖ, namens der FPÖ und namens der zwei Mandatare des BZÖ den gemeinsamen

A n t r a g:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass ein betroffener Mensch mit einer Behinderung beratend und beschließend am Kulturbeirat teilhaben kann, dass dieser Mensch vom Behindertenbeirat entsendet werden möge und die speziellen Interessen von Menschen mit Behinderungen neutral und überparteilich vertreten möge (*Applaus ÖVP*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Gehsteig Burenstraße

13) Gehsteig Vinzenzgasse

GR. **Kolar** stellt folgende Anträge:

GR. **Kolar**: Geschätzte Frau Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zwei Anträge zur Verkehrssicherheit, die den Bezirk Eggenberg betreffen, wo wir schon lange Zeit darum kämpfen, dass hier diese Maßnahmen gesetzt werden. Wenn Sie gestatten, darf ich beide Anträge vortragen. Der erste Antrag beschäftigt sich mit einem Gehsteig in der Burenstraße. Der westliche Teil der Burenstraße zwischen Grasbergerstraße und Johanna-Kollegger-Straße wird von sehr vielen Bürgerinnen und Bürgern mit körperlicher Beeinträchtigung, hier geht es um die Bewohnerinnen und Bewohner der Volkshilfe und des Seniorenzentrums Grasbergerstraße, frequentiert. Da ihnen eine permanente Querung der Burenstraße auf Höhe der Grasbergerstraße auf dem Weg zur Straßenbahnlinie 7 zu anstrengend

ist, ist es sicher notwendig, einen Gehsteig zu errichten, um diese überwiegend älteren Menschen einen Schutz und eine Erleichterung zu bieten.

Der zweite Bereich ist der nördliche Teil der Vinzenzgasse. Hier gibt es aus Verkehrssicherheitsgründen auch schon einen langen Wunsch nach dem Lückenschluss des Gehsteiges zwischen der Andreas-Hofer-Straße und der Franz-Pratter-Straße. Und hier geht es vorrangig auch um den Bezirksspielplatz, den Kinderspielplatz und um die Kinder, die hier diesen Bereich letztendlich bevölkern.

Ich darf im Namen der SPÖ-Gemeinderatsfraktion beide

A n t r ä g e

hier stellen und um rasche Umsetzung ersuchen. Herzlichen Dank (*Applaus SPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, die Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Fischergasse

GR. **Eichberger** stellt folgenden Antrag:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin! In meinem Antrag geht es um Findung und Setzung geeigneter Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Bezirk Geidorf, insbesondere und im Speziellen in der Fischergasse. Die BewohnerInnen der Fischergasse leiden seit geraumer Zeit nicht nur unter dem starken Verkehrsaufkommen, sondern kritisieren vor allem die großen Gefahrenmomente beim Befahren, Begehen, beim Queren dieser Straße.

Abgesehen davon, dass sehr oft mit überhöhter Geschwindigkeit in diesem Straßenzug gefahren wird, tragen die dort befindlichen zahlreichen Aus- und Zufahrten und Unübersichtlichkeiten zur Verschärfung der Gefahrenmaximierung bei. Zahlreiche Verkehrsunfälle, brenzlige Situationen etc. sind leider ein trauriger Beweis dieser Situation.

In diesem Zusammenhang stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

das Straßenamt beziehungsweise die Verkehrsplanung mögen geeignete Maßnahmen, zum Beispiel bessere Bodenmarkierungen, versetzte Parkspuren etc. umsetzen, um die Verkehrssicherheit in diesem Straßenzug zu erhöhen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Ehrung durch die Stadt Graz – Berücksichtigung von Geschlechter-Parität und Ermöglichung von Bürgerinnenbeteiligung

GRin. Mag.^a **Grabe** stellt folgenden Antrag:

Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es handelt sich um einen Antrag zum Thema Ehrungen durch die Stadt Graz zum Thema Berücksichtigung von Geschlechterparität beziehungsweise auch Bürgerinnenbeteiligung bei den Ehrungen, die die Stadt Graz zu vergeben hat. Immer wieder werden jetzt Nominierungen, oder eigentlich immer mit Jahreswechsel sind Nominierungen verdienter Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz das Thema und dass diese

Personen mit einem Titel, Ring und öffentlicher Nennung durch die Stadt Graz geehrt werden sollen. Bürgerinnen sind dabei allerdings deutlich unterrepräsentiert, nach wie vor, so finden sich unter den derzeit Geehrten keine einzige oder eine einzige Ehrenbürgerin, keine Ehrenring-Trägerin und lediglich 23 Bürgerinnen der Stadt von insgesamt 116 geehrten Personen.

Gender Mainstreaming und Gleichstellung sind aber Grundsätze, der sich die Stadt Graz verpflichtet hat und bekennt, wie auch immer Aussendungen beziehungsweise auf ihrer Homepage der Stadt Graz zu entnehmen ist. Und für Aktivitäten im Verwaltungsbereich etwa hat die Stadt Graz ja erfreulicherweise im Dezember auch den Verwaltungspreis des Bundeskanzleramtes für Gender Mainstreamingmaßnahmen bekommen. Es wäre nun auch wünschenswert, dass wir diese Grundsätze von Gender Mainstreaming und Geschlechterparität auch auf andere politische Aktionsfelder ausweiten, wie etwa die öffentliche Wertschätzung verdienter Bürgerinnen eben und Bürger der Stadt.

Daher ist es bei Ehrungen, die die Stadt Graz zu vergeben hat, also Titel Ehrenbürger/Ehrenbürgerin, Ehrenringträger oder -trägerin und BürgerIn der Stadt darauf zu achten, dass eine Geschlechterparität angestrebt wird.

Aus diesem Grunde ist eine Quote einzuführen bei Neuehrungen, um diese Sache zu erreichen und eine zweite wichtige Angelegenheit wäre, dass bei der Auswahl der zu nominierenden Personen größere Transparenz ist und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern auch möglich ist dadurch, dass die BürgerInnen der Stadt Graz aufgefordert werden, Vorschläge für Nominierungen zu machen. Das führt zu zwei Punkten:

1. Solange innerhalb der jeweiligen von der Stadt Graz zu vergebenden Ehrenbekundungen keine Geschlechter-Parität existiert, sind mindestens 50% der Neu-Nominierungen für Frauen beziehungsweise generell das unterrepräsentierte Geschlecht vorzusehen.

2. Eine Einbindung der Bevölkerung in das Vorschlagsverfahren für die Nennung von KandidatInnen wird gewünscht und soll ermöglicht werden durch einen jährlichen Aufruf in den Medien, zum Beispiel im BIG, dem BürgerInneninformationsmedium der Stadt Graz, auf der Homepage usw. und begleitet durch andere Öffentlichkeitsmaßnahmen wie Presseaussendungen etc.

Daher stelle ich namens der Grünen den

A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen werden beauftragt, im Sinne des Motivenberichtes aktiv zu werden und dem Gemeinderat bis zur Gemeinderatssitzung im März ein Stück zur Umsetzung der obigen Ziele zu unterbreiten. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Maßnahmen zur Erhöhung der Lebensqualität im Uni-Viertel

GR. **Schneider** stellt namens von ÖVP, SPÖ, Grünen, KPÖ, FPÖ und BZÖ folgenden Antrag:

GR. **Schneider**: Namens der Fraktionen von Grünen, ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ und BZÖ darf ich folgenden

A n t r a g

stellen: Der Bürgermeister als Koordinator und die zuständigen StadträtInnen werden unverzüglich aufgefordert:

1. mit den LokalbetreiberInnen im Univiertel in Verhandlungen zu treten und einen Verhaltenskodex auszuhandeln, um die übermäßige Alkoholisierung von Gästen zu verhindern und heimkehrende ZecherInnen zur Rücksicht auf den Straßen zu ermahnen.
2. schwerpunktmäßig koordinierte Kontrollen der zuständigen Ämter zu forcieren.

3. eine Überprüfung der Lage der Taxistände durchzuführen, mit dem Ziel die AnrainerInnen vor dem Lärm von wartenden und abfahrenden Taxis möglichst zu schützen.
4. über all diese Maßnahmen die Polizei zu informieren und sie einzuladen, bei Schwerpunktkontrollen aktiv mitzumachen.

Über die Vorbereitungen und Durchführung dieser Maßnahmen ist dem Gemeinderat in den Sitzungen im März und im Juli Bericht zu erstatten (*Applaus Grüne*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zuwiesen.

17) Graz Waltendorf – Sorgerweg

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Fabisch**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der erste Antrag betrifft den Bezirk Waltendorf, dort machen sich Anrainer und Anrainerinnen größte Sorgen um ihre Kinder am Sorgerweg. Dieses Straßenstück ist sehr unübersichtlich und scheint aber für viele Autofahrer der Fall zu sein, das Tempolimit dort nicht zu gelten habe.

Fußgänger, vor allem Schulkinder, sind hier konstant gefährdet. Es braucht einen gesicherten Gehweg und scharfe Tempokontrollen, damit nicht erst etwas passieren muss, damit endlich was passiert. Darüber hinaus wäre ein Gesamtverkehrskonzept für den Bezirk Waltendorf dringend erforderlich.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, alle nötigen Schritte zu unternehmen, um die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Fußgängerinnen am Sorgerweg im Rahmen eines zu erstellenden Verkehrskonzepts für den Bezirk Waltendorf zu erhöhen.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen
Behandlung zugewiesen.*

18) Direkte Buslinie KF-Uni – Neue Technik

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Fabisch**: Der zweite Antrag betrifft ein Thema aus der Studentenschaft. Durch den Start des Projektes „NAWI-Graz“ entstand eine enge strategische Kooperation zwischen der Karl-Franzens-Universität und der Technischen Universität Graz, die neben Forschung auch die Lehre betrifft. Folglich besuchen die betroffenen Studierenden Lehrveranstaltungen sowohl am Campus der Karl-Franzens-Uni sowie in der Neuen Technik, und daher ist ein Pendeln zwischen den zwei Universitäten an einem Tag keine Seltenheit.

Aufgrund des Fehlens einer Direkt-Anbindung dieser zwei Standorte mittels öffentlichen Verkehrsmitteln wird das Pendeln für die Studierenden sehr erschwert, was vor allem auch in Anbetracht der teils sehr geringen Zeitabstände zwischen Lehrveranstaltungen auf den beiden Unis untragbar ist. Daher ist eine Installierung einer Bus-Linie nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Eine GVB Bus-Linie, welche die Karl-Franzens-Universität und die Neue Technik der Technischen Universität Graz direkt verbindet, ist möglichst schnell einzurichten. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

19) Rösselmühlpark – Errichtung einer Ballspielbox

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

GR. **Sikora**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! Mein Antrag handelt um die Errichtung einer Ballspielbox im Rösselmühlpark. Wie in der aktuellen Informationsbroschüre der Grazer Wirtschaftsbetriebe nachzulesen ist, wurden im vergangenen Jahr drei neue öffentliche Spielplätze für unsere rund 22.000 Kinder in der Krausgasse, einer am Grillweg und einer in der Ziegelstraße geschaffen. Damit ein Spielplatz auch von denen angenommen wird, für die er geschaffen wird, bedarf es einer umfangreichen, zielorientierten Planung. So arbeiten das Jugend- und Sportamt, die Abteilung Grünraum und Gewässer, das Kinderparlament, die Wirtschaftsbetriebe und die Bevölkerung eng miteinander, um alle Bereiche von Kinder- und Jugendgerechtigkeit bis hin zu Sicherheit abzudecken. Außerdem wird der Bedarf der Bevölkerung vor Ort der jeweiligen Spielplätze gecheckt und in die Planung und Gestaltung miteinbezogen - so die Infobroschüre.

Im Bereich des Rösselmühlparkes fehlt aber die Möglichkeit, ungestört Fußball oder auch Ballspiele abhalten zu können. Deshalb gibt es den Wunsch von vielen Kindern und Jugendlichen, die in diesem Stadtteil wohnen, hier Abhilfe zu schaffen. Wegen des Mangels an geeigneten Flächen bei Wohnanlagen rund um den Griesplatz kommt es immer wieder zu Konflikten mit Erwachsenen. Bei der Suche nach einer geeigneten Fläche ist daher von Bewohnern der Vorschlag gekommen, einen Teil des Rösselmühlparks dafür zu verwenden.

Aufbauend auf die bisher vorhandene Nutzung im Park ist es unserer Vorstellung nach sinnvoll, dort eine attraktive Ballspielbox - wie ähnliche Einrichtungen in Wien - zu schaffen, um die Lust auf Bewegung und Kommunikation unter den Kindern und Jugendlichen zu fördern. Auch wären aufgrund der optimalen Lage keine Anrainerprobleme zu erwarten.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats wird ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, ob im Bereich des Rösselmühlparks eine Ballspielbox für Kinder und Jugendliche eingerichtet werden kann (*Applaus KPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

20) Kombi-Jahreskarte für die Benützung von Park-&-Ride-Anlagen und den öffentlichen Verkehrsmitteln in der Tarifzone 101

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Antrag:

Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Die Grünen Zonen werden ja heute nicht diskutiert, da bin ich ja kein Freund der Erweiterung und der Gebührenerhöhung, aber es ist ein positiver Anreiz, mein Antrag der beschäftigt sich mit den Park-&-Ride-Anlagen und auch sie können ein Mittel sein, um einen Parkdruck in Graz zu vermindern. Um die Auslastung von Park-&-Ride-Anlagen in Graz zu erhöhen, könnten Serviceleistungen wie kleinere Autoreparaturen oder Reifenwechsel an den Standorten angeboten werden.

Schneller umzusetzen ist allerdings eine Verbesserung der Tarifgestaltung, weil sie alleine in den Händen der Stadt Graz liegt.

Momentan kostet eine Öffi-Jahreskarte für die Tarifzone Graz 284,40 Euro. Seit der Eröffnung der Park-&-Ride-Anlage Murpark gibt es für diesen Platz die Möglichkeit eine Kombinationskarte zu lösen, die neben dem Parken auch die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel einschließt. Der Preis einer solchen Karte liegt bei 370 Euro für ein Jahr. Das bedeutet noch immer ein Zuschlag von immerhin 86 Euro zur Öffi-Jahreskarte. Um das Parken in Park-&-Ride-Anlagen attraktiver zu gestalten und somit mehr Autofahrer zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu bewegen, sollten die Besitzer einer Jahreskarte der Tarifzone 101 gratis in allen Grazer Park+Ride-Anlagen parken können. Auch für die in Zukunft entstehenden Park-&-Ride-Plätze, zum Beispiel Mariatrost-Fölling, sollte dieses Tarifmodell gelten. Der dadurch entstehende Einnahmefall für das Grazer Parkraummanagement wäre durch den Verkauf von wesentlich mehr GVB-Jahreskarten zu kompensieren. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, könnten Vereinbarungen zwischen GPG und GVB getroffen werden.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Graz zu ersuchen, mit den Grazer Verkehrsbetrieben/Verbund Linie und der Grazer Parkraummanagement GmbH in Verhandlungen zu treten, um ein Modell einer Kombinationskarte für die Benützung aller Park-&-Ride-Anlagen und den öffentlichen Verkehrsmitteln zum Jahreskartenpreis der Tarifzone 101 auszuarbeiten und dieses nach Möglichkeit umzusetzen (*Applaus FPÖ*).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.